

Für eine repressionsfreie Drogenpolitik

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE in Stadt und Landkreis Göttingen steht für eine Entkriminalisierung und für eine Versachlichung der Drogenproblematik ein. Das Mittel der Repression als vermeintliches Heilmittel gegen einen unsachgemäßen Drogenkonsum lehnen wir ab. Basis für eine fortschrittliche Drogenpolitik ist aus linker Sicht ein offener Umgang mit dem Thema »Drogen« und eine sachliche und wertungsfreie Aufklärung über die Wirkung legaler und illegaler Drogen.

Drogenkonsum ist Bestandteil unserer Kultur. Wir plädieren für einen verantwortungsvollen Umgang damit und die Entkriminalisierung der Konsument*innen sowie des Anbaus von Cannabis. Wir Linken sehen keine Unterschiede im Konsum von Alkohol und sogenannten weichen (illegalen) Drogen. Wir halten fest an der grundsätzlichen Gewährleistung von Hilfe für alle abhängigen Drogenkonsument*innen, die ihre Sucht bekämpfen und beenden wollen. Wir unterstützen daher die Selbsthilfeorganisationen von Abhängigen, den Ausbau von Aufklärungskampagnen über die Wirkung von Drogenkonsum (inklusive Alkohol) und den Ausbau der Sozialarbeit im Suchtbereich.



„Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit, genau wie Alkoholismus. Es nützt Betroffenen nichts, wenn sie durch Verfolgung aus der Gesellschaft gedrängt werden. Stattdessen brauchen sie Hilfe beim Ausstieg und Unterstützung für die Rückkehr in die Gesellschaft.“

Doreen Bethe, ambulante Betreuerin, 46

WIR FORDERN:

- Stützung und Ausbau der Hilfsangebote für Drogenabhängige, z.B. des DROBZ (Drogenberatungszentrum) durch ausreichende Finanzierung
- Finanzielle Unterstützung der Selbsthilfe, Einbeziehung der Betroffenen in die Gestaltung der Hilfsangebote
- Ausbau der Präventionsarbeit an den Göttinger Schulen mit dem Ziel, junge Menschen dazu zu befähigen, Gefährdungen realistisch einzuschätzen



Gesundheitskarte für Geflüchtete

Zur solidarischen Gesundheitsversorgung gehört auch die kostenlose Gesundheitsversorgung im vollen Umfang für Geflüchtete.

Den vielen Menschen, die auf der Flucht sind, sollte unabhängig davon, ob sie vor politischer Verfolgung, Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit oder den Folgen des Klimawandels fliehen, die Möglichkeit eines Neuanfangs in Deutschland geboten werden. Auch in unserem Landkreis Göttingen verdienen Zulieferer für die Rüstungsindustrie an Kriegen und Waffenexporten. Das gibt uns besondere Verantwortung für die Opfer. Alle Geflüchteten müssen unabhängig von ihrem Bleibestatus ausreichend medizinisch versorgt werden. Sie dürfen dabei nicht schlechter gestellt werden als andere Menschen. Wir fordern deshalb die Einführung einer Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen, damit sie, wie alle hier lebenden Menschen, ihren Arzt oder ihre Ärztin frei wählen können. Diese Gesundheitskarte soll den Geflüchteten ohne bürokratischen Aufwand und die vorherige Genehmigung durch das Sozialamt zur Verfügung gestellt werden.

„Für Geflüchtete ist schnelle und unbürokratische Hilfe wichtig, auch bei der medizinischen Versorgung. Dies kann nur durch die Einführung einer Gesundheitskarte erreicht werden!“



Bärbel Safieh, Sozialpädagogin, 53

MITMACHEN!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam für eine soziale, transparente und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Dafür bitten wir Sie am 11. September 2016 um Ihre Stimme für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und DIE LINKE.

Wählen Sie am 11. September

In der Stadt Göttingen:



In Kreis und Kommunen:



linkes-portal-goe.net



Menschen vor Profite!

Kommunalwahlen am 11. September 2016

Sparen an den Krankenhäusern bedeutet Sparen an der Gesundheit!

In zunehmendem Maße wird das Gesundheitssystem, ob privat oder öffentlich, „am Markt“ ausgerichtet. Krankenhäuser sollen nicht mehr in erster Linie gesund machen, sondern vor allem profitabel sein.

Die bundesweite Gesundheitspolitik hat zu einer massiven Unterfinanzierung der Krankenhäuser geführt. Die Beschäftigten sind mit „klammen Kassen“ konfrontiert. Statt eine qualitativ angemessene Betreuung der Patient*innen sicher zu stellen, sind sie Erfüllungsgehilfen bei der Gewinnerzielungsabsicht. Defizite dienen als Vorwand für die Schließung von Krankenhäusern, für Personalabbau, Lohnkürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten werden mit der Androhung von Schließungen und von Personalabbau regelrecht erpresst. Sie sollen immer mehr leisten und dies am besten für weniger Geld und mit weniger Personal.



linkes-portal-goe.net

Gesundheitsversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht in private Hand!



Gute Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Gesundheitsversorgung und für die Gewinnung von neuen Fachkräften!

Wer will sich von einer Ärztin oder einem Arzt operieren lassen, welcheR schon seit 24 Stunden Dienst hat und welcheR Kranke möchte von Pflegepersonal abgefertigt werden wie am Fließband?

Und wer möchte unter solchen Bedingungen arbeiten? Im Schichtdienst, jedes zweite Wochenende, an den Feiertagen, unter Zeitdruck körperlich und psychisch anspruchsvolle Arbeit leisten? Ausgebildete Pfleger*innen werden zudem schlechter entlohnt als Facharbeiter*innen in anderen Branchen.

Vierorts werden Krankenhäuser geschlossen oder zusammengelegt. Insbesondere im

ländlichen Bereich drohen Versorgungslücken, während anderenorts in auf Rendite orientierte „Zentrumsmedizin“ investiert wird.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und die Rücknahme der Kommerzialisierung nötig. Zudem müssen die Gesundheitsberufe durch attraktivere Arbeitszeiten, gesicherten Freizeitgleich und mehr Lohn aufgewertet werden. Gerade in Anbetracht des demographischen Wandels besteht hier dringender Handlungsbedarf, um den zukünftigen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Eine Zwei-Klassen-Medizin können sich nur die Wohlhabenden leisten.



„Mehr Personal für Gesundheit in kommunaler Verantwortung erfüllt gleich zwei Zwecke: Mehr gut bezahlte Arbeitsstellen, weniger Risiko von ‚Kunstfehlern‘. Dafür sind richtige Weichenstellungen in der Kommune und höhere Besteuerung der Reichen auf Bundesebene notwendig.“

Rolf Ralle, Pensionär, 68

Die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems muss ausgebaut werden, um die Kosten für die Gesundheitsversorgung gerecht zu verteilen. Dazu gehört auch die Wiederherstellung der Beitragsparität durch den Wegfall der Zusatzbeiträge und die Berechnung des Beitrags nach dem Bruttogehalt ohne Bemessungsgrenze. Der Rückzug der Gutverdienenden aus der Solidargemeinschaft ist ein Skandal und muss beendet werden.



Durch eine gerechte Besteuerung von Reichen und Unternehmen sowie eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems kann eine öffentliche medizinische Versorgung gewährleistet werden. Notwendig sind dazu die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine höhere Erbschaft- und Körperschaftsteuer.

Dies kann nicht ohne massiven Druck von unten erreicht werden. Deshalb unterstützen wir den Widerstand von Beschäftigten und Betroffenen gegen den Kaputtsparkurs.

Menschen vor Profite!

WIR FORDERN:

- Den Ausbau von Polikliniken und Ärztehäusern in ländlichen Regionen und urbanen Zentren.
- Drogenpolitik, Präventions- und Betreuungsarbeit: Auskömmliche Finanzierung, Weiterentwicklung und Qualifizierung des Personals. Dazu gehören Einrichtungen kommunaler Sucht- und Drogenberatung, psychosoziale und HIV/Aids-Beratung, Gesundheits- und Ernährungsberatung.
- Eine vollumfängliche gesundheitliche und medizinische Versorgung von Obdachlosen und Geflüchteten sowie auf deren Bedürfnisse abgestimmte Programme insbesondere bei der Traumatherapie.
- Den Ausbau und die Sicherung der Finanzierung von Beratungsstellen für Patient*innen.

Lohnverzicht und Privatisierung im Gesundheitswesen? Lebensbedrohlich und gesundheitsgefährdend!

Es gibt in Südniedersachsen praktisch keine öffentlichen Krankenhäuser mehr. Auch die im Eigentum der Stiftungsuniversität befindliche Uniklinik ist dem Prinzip der Kostendeckung verpflichtet. Im bisherigen Kreis Osterode dominiert der Gesundheitskonzern Helios. Das frühere Landeskrankenhaus in Göttingen und Tiefenbrunn wurde 2007 zu einem Spottpreis an Asklepios verkauft. Diese Konzerne fordern von ihren Krankenhäusern 15 % Gewinn.

Die Kommerzialisierung des Gesundheitssektors führt nicht zu mehr Leistungen, sondern zu Einsparungen auf Kosten der Patient*innen. Auch ein seit Jahren bestehender massiver Arbeitsplatzabbau zieht sich wie ein roter Faden durch die Einrichtungen. Vielfach haben sich Beschäftigte gegen diese Entwicklung gewehrt. So gelang es den Beschäftigten der Berliner Charité mit Arbeitskämpfmaßnahmen einen angemessenen Personalschlüssel durchzusetzen.

Auch bei uns im Landkreis werden Hygiene- und Pflegemängel deutlich. Gerade in der psychiatrischen Göttinger Asklepiosklinik wurden in den letzten Jahren massiv Arbeitsplätze abgebaut. Dies führte zu immer schlechteren hygienischen Bedingungen, notwendige Einzelfallbetreuungen sind häufig nicht mehr möglich, Angebote für die Patient*innen wurden massiv eingeschränkt.

Ein besonderes Negativbeispiel ist auch das Krankenhaus Hann. Münden. Erst wurde mit öffentlichen Geldern das frühere Vereinskrankenhaus von der AWO übernommen und mit deren Klinik verbunden. Nur wenige Jahre später wurde im Frühjahr 2016 das jetzt vereinigte Müндener Krankenhaus von den insolventen AWO-Gesundheitsdiensten an einen Investor verkauft, wiederum gefördert mit öffentlichen Geldern. Natürlich auch wieder mit massivem Arbeitsplatz- und Leistungsabbau. Die Beschäftigten wurden zu Lohnverzicht genötigt. Zuletzt gab das Land Niedersachsen im Juni 2016 weitere 28 Mio. Euro an den privaten Investor.



DAS WOLLEN DIE GÖTTINGER LINKE UND DIE PARTEI DIE LINKE:

- Schluss mit der Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern sowie mit Teilausgründungen.
- Zurückführung von bereits privatisierten Teilbereichen der Krankenhäuser in die öffentliche Hand. Gerade Mittelzentren wie Hann. Münden brauchen ein funktionierendes Krankenhaus mit einer medizinischen Vollversorgung.
- Gute Arbeitsbedingungen des Personals nützen auch den Patient*innen. Es muss ausreichend Zeit für Patient*innen und Hygiene sein. Wer hart arbeitet und zudem noch eine wichtige soziale Tätigkeit verrichtet, muss anständig, also tariflich bezahlt werden.
- Für eine tarifliche und gesetzliche Mindestpersonalbemessung.
- Die Verbesserung mobiler Versorgungsangebote angelehnt an das Gemeindeschwesternmodell.

WIR SAGEN:

Die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ist lebensbedrohlich und gesundheitsgefährdend. Pflegenotstand und Hygienemängel haben andernorts schon zu Todesfällen geführt. Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE stellen sich dieser Entwicklung entgegen. Die Beschäftigten unterstützen wir dabei, ihre Arbeitsplätze zu erhalten, denn das ist auch in unserem Interesse als mögliche Patient*innen.